



Innenausschuss

71. Sitzung (öffentlich)

19. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

- mündlicher Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, die bisherigen Tagesordnungspunkte „Ein Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus jetzt – für eine Einwanderungsgesellschaft ohne Diskriminierung und Hetze“ in Verbindung mit „Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“, 6 „Effektive Kriminalprävention durch eine Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit“ und 7 „Den Katastrophenschutz in NRW stärken – Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen“ heute nicht zu beraten.

1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])

11

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

2 25. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen 13

Vorlage 17/3450

in Verbindung mit:

Stellungnahme der Landesregierung zum 25. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

Vorlage 17/3793

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, dem Plenum zu empfehlen, den 25. Bericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Vorlage 17/3450 und die Stellungnahme der Landesregierung Vorlage 17/3793 zur Kenntnis zu nehmen.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (2. Ergänzung)
Vorlage 17/3968
Vorlage 17/4020
Vorlage 17/4025
Vorlage 17/4160
Vorlage 17/4161
Vorlage 17/4162
Vorlage 17/4163

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– abschließende Beratung, Änderungsanträge der Fraktionen und Abstimmung

in Verbindung mit:

Personalsituation bei der Polizei NRW (*Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP [s. Anlage 2]*)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der Fraktionen ab, siehe Vorlage 17/4249.

Sodann stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Ein Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus jetzt – für eine Einwanderungsgesellschaft ohne Diskriminierung und Hetze 26

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8746

in Verbindung mit:

Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7914

Ausschussprotokoll 17/1147

– abschließende Beratung und Abstimmung

– wird nicht behandelt

5 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11622

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in einer Obleuterunde zu klären.

6 Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen 28

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11673

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Gesetzentwurf zusammen mit dem vom Minister in der Plenarrede für das erste Quartal 2021 angekündigten Gesetzentwurf der Landesregierung zu beraten.

7 Effektive Kriminalprävention durch eine Stärkung der sozialraum-orientierten Polizeiarbeit 29

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7750

Stellungnahme 17/2196
Stellungnahme 17/2217
Stellungnahme 17/2218
Stellungnahme 17/2302
Stellungnahme 17/2304

Ausschussprotokoll 17/1102

– wird nicht behandelt

8 Den Katastrophenschutz in NRW stärken – Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen 30

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9348

Stellungnahme 17/3013
Stellungnahme 17/3078
Stellungnahme 17/3090
Stellungnahme 17/3094
Stellungnahme 17/3156

– wird nicht behandelt

- 9 Entwurf einer Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Paßgesetz, dem Personalausweisgesetz und dem eID-Karte-Gesetz zuständigen Verwaltungsbehörden** 31
- Vorlage 17/4060
Drucksache 17/11636
- Anhörung des Innenausschusses
- keine Wortbeiträge
- 10 Aktualisierung zum Stand der Ermittlungen im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Bestrebungen in den NRW-Sicherheitsbehörden (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** 32
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 11 Aktuelle Gefährdungslage in NRW im Zusammenhang mit islamistischen Ideologien (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP [s. Anlage 3])** 38
- in Verbindung mit:
- Wie bewertet die Landesregierung die Gefährdungslage in Nordrhein-Westfalen nach den aktuellen islamistischen Terrorakten?** (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])
- in Verbindung mit:
- Aktuelle Gefährdungslage durch den gewaltbereiten Islamismus in NRW** (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4216
- Wortbeiträge

- 12 Welche Bilanz zieht die Polizei im Hinblick auf die Einhaltung der seit dem 02.11.2020 geltenden Corona-Schutzmaßnahmen? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])** **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4193

– keine Wortbeiträge

- 13 Tötungsversuch auf offener Straße in Bad Oeynhausen (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])** **42**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4215

– Wortbeiträge

- 14 Antifa-Strukturen in Krefeld (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])** **43**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4214

– keine Wortbeiträge

- 15 Einsätze am letzten Wochenende im Oktober (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])** **44**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4201

– keine Wortbeiträge

- 16 Bekämpfung von Femiziden in NRW (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])** **45**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4189

– Wortbeiträge

- 17 Von Verschwörungsmythen geprägte Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **46**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4218
- keine Wortbeiträge
- 18 (Neu-)Bewertung der rechtsextremen bürgerwehähnlichen Gruppierungen in NRW** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **47**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4217
- Wortbeiträge
- 19 Mittel aus dem Corona-Rettungsschirm für den nicht-aktivierten Krisenstab** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **48**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4192
- Wortbeiträge
- 20 Fehlender Krisenstab der Landesregierung in COVID-19-Pandemie** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **49**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4191
- Wortbeiträge

- 21 Berechtigte Zweifel an der Wirksamkeit der „strategischen Fahndung“**
(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5]) **51**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4190
- keine Wortbeiträge
- 22 Umstrittene Polizei-Software der Firma P. für das LKA NRW** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **52**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4200
- keine Wortbeiträge
- 23 Wieso veröffentlicht das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales einen Erlass, der an die Ordnungsbehörden gerichtet ist?**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]) **53**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 24 Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Neubesetzung des Amtes des/der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])* **56**
- mündlicher Bericht der Landesregierung

5 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11622

(Der Gesetzentwurf wurde am 11.11.2020 nach der ersten Lesung einstimmig an den Innenausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses überwiesen.)

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in einer Obleuterunde zu klären.

